

Resolution

der 70. Mitgliederversammlung des Deutschen Landkreistages am 18.3.2014 auf dem Hambacher Schloss

Umgehend kommunale Entlastung durch den Bund sicherstellen!

Mit Blick auf die im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages als „prioritäre Maßnahme“ zugesagte kommunale Entlastung beschließt die Mitgliederversammlung des Deutschen Landkreistages:

1. Der Deutsche Landkreistag begrüßt die im Koalitionsvertrag zugesagte weitere finanzielle Entlastung der Städte, Landkreise und Gemeinden. Er fordert den Bund auf, die Zusagen zeitnah und vollständig umzusetzen. Der Kabinettsbeschluss zur mittelfristigen Finanzplanung geht einen Schritt in die richtige Richtung, trägt dem aber noch nicht ausreichend Rechnung. Die kommunale Entlastung in Höhe von 1 Mrd. € muss als Sofortentlastung bereits im Jahr 2014 einsetzen. Eine Verrechnung mit der im Jahr 2012 beschlossenen dritten Stufe der Kostenübernahme bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird abgelehnt. Diese ist in allen Kreishaushalten für 2014 bereits eingestellt und keine (neue) Entlastung, die zur weiteren Entschuldung oder für weitere Investitionen eingesetzt werden kann.
2. Die Entlastung um 1 Mrd. € ab dem Jahr 2015 ist gesichert. Der Deutsche Landkreistag akzeptiert, dass der Bund hierfür die Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils vorsieht. Daneben käme eine Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung in Betracht. Im Ergebnis muss gesichert werden, dass das Geld auf der Kreisebene ankommt.
3. Der Deutsche Landkreistag hält an der Reform der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen unverändert fest. Er hat hierzu bereits im Jahr 2007 umfangreiche und bis heute aktuelle Vorschläge vorgelegt. Der Bund wird aufgefordert, unverzüglich die Voraussetzungen für das neue Bundesteilhabegesetz für behinderte Menschen zu schaffen. Der Deutsche Landkreistag wird sich daran aktiv beteiligen. Die Aussage im Koalitionsvertrag, die Ausgestaltung der Teilhabe behinderter Menschen so zu regeln, dass keine neue Ausgabendynamik entsteht, versteht der Deutsche Landkreistag so, dass damit die Gesamtausgaben der Leistungen gemeint sind und nicht etwa eine Deckelung der Beteiligung des Bundes an dynamisch weiter wachsenden Leistungsausgaben.
4. Die zugesagte kommunale Entlastung in Höhe von 5 Mrd. €, die bundesseitig im Zusammenhang mit dem neuen Bundesteilhabegesetz erfolgen soll, muss sich auf das Ausgabevolumen Ende 2013 beziehen und spätestens ab dem Jahr 2016 einsetzen. Gelingt es, ohne neue Belastungen zeitnah eine Entlastung über die Eingliederungshilfe zu erreichen, die vollständig in allen kommunalen Haushalten ankommt, ist dies zu begrüßen. Gelingt dies nicht, darf die kommunale Entlastung nicht blockiert werden. Es müssen daher für die Entlastung andere Wege gesucht werden.